



Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen
beim Bund und für Europa

EU-INFORMATIONEN

Aktuelles aus Brüssel und Bremen

Ausgabe 6

Oktober 2006

www.europa-bremen.de

Inhaltsverzeichnis

Arbeit und Soziales	3
Europäischer Sozialer Dialog: Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben	3
Kostenfolgen der Alterung der Bevölkerung in der EU	4
Fünf Punkte zur Entschärfung der demografischen Zeitbombe.....	5
EUROSTAT: Anteil der über 65-jährigen wird erheblich ansteigen	5
Europäische Gleichstellungspolitik: EU-Minister sehen Nachholbedarf in der Wirtschaft	6
2007 Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle	6
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	7
Konsultation zur Zukunft der grenzüberschreitenden gesundheitlichen Dienstleistungen eröffnet.....	7
Europäisches Gesundheitsforum Gastein vom 04. - 07. Oktober 2006	7
Gesundheitsgefahren: Bekämpfung von Übergewicht.....	8
Europäische Initiativen zur Lebensmittelsicherheit	9
Verbraucherschutz in der EU: Bekämpfung der Schweinepest in Bulgarien und Rumänien	10
Europäische Kommission leitet Konsultation zur Richtlinie über Fernabsatz ein.....	10
Sonstiges	11
Jahreskonferenz der Hanse Passage in Lublin (Polen).....	11
Europäische Kommission fördert Dialog und Diskussion über EU-Fragen ..	12
Regionale Vielfalt aus statistischer Sicht: Daten über die 268 Regionen in der EU25, Bulgarien und Rumänien.....	13
Aufteilung der EU-Ausgaben 2005 nach Mitgliedstaaten	13
Redaktion	14
Europaabteilung	14

Arbeit und Soziales

Europäischer Sozialer Dialog: Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben

Viel ist in den letzten 20 Jahren auf EU-Ebene erreicht worden, um Ansprüche der Arbeitnehmer- u. Arbeitnehmerinnen auf Mutterschafts- und Elternurlaub sicherzustellen. In den Mitgliedstaaten, die über die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften in diesem Bereich noch hinausgegangen sind, lassen sich die Vorteile und positiven Wirkungen dieser Maßnahmen belegen. Man verbindet flexible Arbeitsmodelle mit Betreuungseinrichtungen hoher Qualität für Kinder oder andere hilfsbedürftige Familienmitglieder und erleichtert damit die Berufstätigkeit von Frauen.

Am 12. Oktober 2006 wurde die Mitteilung über die Einleitung des Verfahrens der Anhörung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Artikel 138 EG-Vertrag von der Europäischen Kommission der Öffentlichkeit vorgelegt. Darin wird u. a. ausgeführt, dass der Europäische Rat, das Europäische Parlament und die Europäischen Sozialpartner sich weitgehend darin einig sind, dass die Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben über die bestehende EU-Gesetzgebung hinaus gefördert werden und entsprechende Initiativen eingeleitet werden müssen.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen Anstrengungen, z. B. zur Erhöhung der Arbeitsmarkteteiligung von Frauen, stellen sich neue Fragen zur Verbesserung der Arbeitsorganisation oder zum Einsatz von neuen Technologien bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen. Die Europäische Kommission hält es daher für sinnvoll zu untersuchen, welche Initiativen zur Förderung der Vereinbarkeit auf europäischer Ebene eingeleitet werden sollten; sie hat für die erste Runde der Anhörung der europäischen Sozialpartner z. B. folgende Fragen formuliert:

- Werden weitere Maßnahmen auf europäischer Ebene für sinnvoll gehalten und wenn ja, auf welcher Unternehmensebene - europäisch, national oder sektoral - sollen sie eingeleitet werden?
- In welchen wichtigen Handlungsbereichen könnten Verbesserungen erforderlich sein unter Berücksichtigung der folgenden Aspekte:
 1. Arbeitszeit und flexible Arbeitszeitregelungen?
 2. Verfügbarkeit und Qualität von Betreuungseinrichtungen für Kinder, alte Menschen und sonstige betreuungsbedürftige Personen?
 3. Urlaubsregelungen, einschl. Vaterschaftsurlaub und Bertreuungsurlaub?
- Mit welchen Mitteln lässt sich nach Meinung der europäischen Sozialpartner eine bessere Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben erreichen?
- Wie lässt sich ein optimales Gleichgewicht - für die Unternehmen und den Einzelnen - bezogen auf die Kosten der Vereinbarkeit erreichen?

Der Text der Mitteilung der Europäischen Kommission findet sich unter:

http://ec.europa.eu/employment_social/news/2006/oct/consultation_reconciliation_de.pdf

Kostenfolgen der Alterung der Bevölkerung in der EU

Die am 12. Oktober 2006 von der Europäischen Kommission vorgelegte Studie über die langfristige Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen in der EU beinhaltet u. a. folgende Aussagen: Schaffen es die EU-Mitgliedstaaten, mittelfristig ausgeglichene Haushalte zu erzielen, können sie sich sehr viel zuversichtlicher den hohen Kosten der absehbaren Altersversorgung stellen? Es zeigt sich, dass Mitgliedstaaten mit großen Haushaltsungleichgewichten und absehbar deutlich steigenden alterungsbedingten Ausgaben mit höheren Risiken konfrontiert sind, als andere. Allerdings ist die EU insgesamt gefordert, Lösungen für die haushaltsrelevanten Auswirkungen der Bevölkerungsalterung zu finden. Die Antwort hierauf sind geringere Staatsverschuldung, höhere Erwerbstätigenquoten und Produktivität bei fortgesetzter Reform der Altersversorgung, des Gesundheitswesens und der Langzeitpflege.

Darüber hinaus unterstreicht die Studie, dass bei einer die Prognosen übersteigenden Erwerbstätigenquote, vor allem bei den älteren Arbeitnehmern, sich die Haushaltssituation in den Mitgliedstaaten deutlich verbessert.

Ausgehend von der derzeitigen Haushaltsslage und dem prognostizierten Anstieg der alterungsbedingten Kosten, lassen sich die EU-Länder anhand des Risikos für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in drei Gruppen einteilen:

- Länder mit hohem Risiko (in alphabetischer Reihenfolge): Griechenland, Portugal, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern
- Länder mit mittlerem Risiko: Belgien, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Slowakei, Spanien und das Vereinigte Königreich
- Länder mit geringem Risiko: Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, die Niederlande, Österreich, Polen und Schweden.

Eine dreigleisige Strategie scheint - aus der Sicht der Autoren der Studie - geeignet, die haushaltspolitischen Auswirkungen der Alterung der Bevölkerungen zu bewältigen:

1. Eine solide Haushaltsslage erreichen und sichern und den Schuldenstand verringern,
2. die Erwerbstätigenquoten steigern, vor allem von Frauen und älteren Arbeitnehmern und
3. die Arbeitsproduktivität erhöhen.

Ergänzend dazu sollen die Regierungen die Alters- und Gesundheitsversorgung und die Langzeitpflege reformiert werden.

Der vollständige Wortlaut des englischen Berichts (von rd. 200 Seiten) ist zu finden unter:

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2006/ee0406sustainability_en.htm

Fünf Punkte zur Entschärfung der demografischen Zeitbombe

„Die Alterung der europäischen Bevölkerung ist eine nie da gewesene Herausforderung für die Gesellschaft als Ganzes. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen, und zwar jetzt.“ So lautet die Schlussfolgerung der neuen Mitteilung der Europäischen Kommission vom 12. Oktober 2006 zum Thema „Der demographische Wandel in Europa - Von der Herausforderung zur Chance“ (KOM (2006)0571 endg.).

In dieser Mitteilung wird hervorgehoben, dass die Mitgliedstaaten der EU sich den Herausforderungen stellen werden, die mit einer schrumpfenden Erwerbs- und einer alternden Gesamtbevölkerung verbunden sind. Sie geht daher auch nicht von einer neuen Strategie aus, sondern sie betont, dass die Mitgliedstaaten sich stärker für die Strategie für „Wachstum und Beschäftigung“ einsetzen müssen.

Die vorgestellten Empfehlungen für die Mitgliedstaaten gehen u. a. zurück auf die Ergebnisse der von der Europäischen Kommission durchgeführten öffentlichen Konsultation zum Thema Demografie und auf die Ergebnisse des Europäischen Rates von Oktober 2005.

Fünf Bereiche für konkrete Maßnahmen auf der jeweiligen nationalen Ebene werden beschrieben, die eine Anpassung an den demografischen Wandel und seine Auswirkungen unterstützen können und sollen:

1. Menschen helfen, die Berufs-, Familien- und Privatleben miteinander verbinden wollen, um den Kinderwunsch zu fördern und die Bedingungen für potentielle Eltern zu verbessern;
2. Berufsmöglichkeiten für ältere Menschen verbessern;
3. Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit in ihren Potenzialen durch die Einbeziehung sowohl älterer als auch jüngerer Beschäftigter fördern;
4. positive Auswirkungen der Migration für den Arbeitsmarkt nutzen;
5. tragfähige öffentliche Finanzen sicherstellen, um dazu beizutragen, den Sozialschutz langfristig zu gewährleisten.

Die Mitteilung ist im Internet zu finden unter:

http://ec.europa.eu/employment_social/news/2006/oct/demography_de.pdf

Informationen über das Grünbuch Demografie vom März 2005 und den Konsultationsprozess sind zu finden unter:

http://ec.europa.eu/employment_social/social_situation/green_paper_de.htm

EUROSTAT: Anteil der über 65-jährigen wird erheblich ansteigen

Der von den Vereinten Nationen veranstaltete „Internationale Tag der älteren Generation“ findet in jedem Jahr am 01. Oktober statt. Aus diesem Anlass wurden neue Zahlen zu den über 65-jährigen in der EU veröffentlicht. Dabei wurden Besonderheiten dieser Bevölkerungsgruppe im Vergleich zur Gesamtbevölkerung herausgearbeitet, die sich auf spezifische demographische, wirtschaftliche und soziale Faktoren beziehen.

Laut EUROSTAT-Mitteilung vom 29. September 2006 wird sich der Anteil der über 65-jährigen in der EU25 von 1995 bis 2050 voraussichtlich verdoppeln. Der Anteil der über 65-jährigen in der EU25 lag im Jahr 2005 bei 17 % (1995: 15 %). Deutschland und Italien (beide 19 %) wiesen die höchsten Anteile der „Generation 65+“ auf, Irland (11 %), Zypern und Slowakei (beide 12 %) die niedrigsten.

Prognosen für 2050 deuten auf einen Anstieg dieser Altersgruppe in der EU25 um etwa 30 % hin. Dann werden Spanien (36 %), Italien (35 %) sowie Deutschland, Griechenland und Portugal (je 32 %) die höchsten, Dänemark und Schweden (beide 24 %) die niedrigsten Anteile zu verzeichnen haben.

Ausführliche Informationen, Tabellen und weitere Links zu diesen Daten s. Pressemitteilung von EUROSTAT unter:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/06/129&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäische Gleichstellungspolitik: EU-Minister sehen Nachholbedarf in der Wirtschaft

Bei ihrem Treffen am 07. Oktober 2006 befassten sich die EU-Gleichstellungsminister/innen unter Vorsitz der finnischen Ministerin für Gleichstellungsfragen Tuula Haatainen mit der Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen in Unternehmen. Verschiedene Mitgliedstaaten haben in den vergangenen Jahren Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenbeteiligung in Aufsichtsräten initiiert. Die Europäische Kommission betonte, dass bei einer besser ausgeglichenen Beteiligung von Frauen und Männern in wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen ein produktiveres und kreativeres Arbeitsumfeld geschaffen würde. Notwendig seien eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Arbeitsleben und ein transparenteres berufliches Aufstiegsverfahren.

Die Europäische Kommission plant für 2007 die Errichtung eines Netzwerkes von Frauen in wirtschaftlichen und politischen Entscheidungspositionen und will auch den Austausch von Musterbeispielen und Forschungsergebnissen fördern.

Presserklärung der Finnischen Präsidentschaft siehe unter:

http://www.eu2006.fi/news_and_documents/press_releases/vko40/en_GB/170574/

2007 Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle

An den Initiativen dieses Europäischen Jahres können nach dem Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschuss nun auch die Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes Norwegen, Island und Liechtenstein teilnehmen.

Siehe: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st12/st12463.de06.pdf>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Konsultation zur Zukunft der grenzüberschreitenden gesundheitlichen Dienstleistungen eröffnet

Nachdem Gesundheitsdienstleistungen in einem politischen Konsens zwischen Europäischem Parlament und Ministerrat aus den weiteren Beratungen zur Dienstleistungsrichtlinie herausgenommen wurden, hat die Europäische Kommission jetzt mit ihrer Mitteilung vom 26. September 2006 einen Konsultationsprozess eingeleitet, um Grundlagen und Meinungen für die zukünftigen Regelungen von den Mitgliedstaaten, von Organisationen und Experten einzuholen.

In der Mitteilung werden verschiedenste Aspekte der Patientenmobilität, der Mobilität der gesundheitlichen Berufsangehörigen in der EU, die Erbringung von grenzüberschreitenden, z. B. ärztlichen Dienstleistungen und Fragen der Niederlassung von Gesundheitsberufen und Unternehmen angesprochen: Unter welchen Bedingungen kann ein Patient sich im EU-Ausland behandeln lassen? Wie wird er über Angebote informiert? Welche Behörden sind bei grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen zuständig? Wer überwacht die Einhaltung minimaler Qualitätsstandards und wer haftet für Folgeschäden einer Behandlung?

Die wichtigste Fragestellung des Konsultationsprozesses ist verbunden mit dem politischen Ziel, bestimmte Aspekte im Bereich der gesundheitlichen Dienstleistungen durch eine gesetzliche Regelung - z. B. eine sektorale Richtlinie - zu klären. Diese Position wird auch vom Europäischen Parlament unterstützt. Welche Bereiche der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen in Form einer sektoralen Richtlinie oder in Form von freiwilligen Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten geregelt werden sollen, soll auf Basis der Ergebnisse des Konsultationsprozesses, der am 31. Januar 2007 endet, entschieden werden.

Das Bundesgesundheitsministerium hat bereits angekündigt, unter deutscher EU-Präsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 das Thema der grenzüberschreitenden gesundheitlichen Dienstleistungen zu beraten.

Allgemeine Informationen zum Aufbau eines Gemeinschaftsrahmens für sichere, hochwertige und effiziente Gesundheitsdienste siehe:

http://ec.europa.eu/health/ph_overview/co_operation/mobility/community_framework_de.htm

Den Text der Mitteilung siehe:

http://ec.europa.eu/health/ph_overview/co_operation/mobility/docs/comm_health_services_comm2006_de.pdf

Europäisches Gesundheitsforum Gastein vom 04. - 07. Oktober 2006

Das „European Health Forum Gastein (EHFG) wurde 1998 als europäische gesundheitspolitische Konferenz mit dem Ziel gegründet, eine Diskussionsplattform für alle von gesundheitspolitischen Entscheidungen betroffenen Gruppen zu bieten. Seither hat sich das EHFG durch die Zusammenführung von Politikern, Experten aus Ver-

waltung und Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie der Zivilgesellschaft zu einer einzigartigen, alljährlich stattfindenden Veranstaltung entwickelt.

Die Integration verschiedener regionaler, nationaler und europäischer Perspektiven fördert den Austausch von Meinungen und Erfahrungen sowohl zwischen den Schlüsselakteuren der 25 EU-Mitgliedsstaaten, den EU-Beitrittskandidaten, den EWR-Staaten, den benachbarten Nicht-EU-Staaten und der WHO.

Ein Themenschwerpunkt des 9. Forums 2006 mit 600 Teilnehmern aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft der Mitgliedstaaten war die Vorstellung und Diskussion erster Ideen zum geplanten künftigen Gemeinschaftsrahmen für sichere und effiziente Gesundheitsdienstleistungen in der Union. Fragen der Qualitätssicherung, der Migration im Bereich der Heilberufe und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit standen zur Debatte.

In den vergangenen Jahren war der Diskurs des Europäischen Gesundheitsforums Gastein von den Vertretern der Gesundheitsverwaltungen der Mitgliedstaaten geprägt. In diesem Jahr kamen auch die Vertreter des Gesundheitsmarktes zu Wort und referierten über Aspekte der Produktivität und des wirtschaftlichem Wachstums im Gesundheitssektor mit Präsentationen über die Entwicklung von regionalen und nationalen Gesundheitsmärkten. So erläuterte Prof. Klaus-Dirk Henke von der Technischen Universität Berlin die makroökonomische Bedeutung des Gesundheitssektors als eine arbeitsintensive Branche des Dienstleistungssektors. Gemäß seiner Studie „Die Berliner Gesundheitswirtschaft - Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung“ stellte Henke die These auf, dass der stetig wachsende sog. zweite Gesundheitsmarkt der privat finanzierten Leistungen im Gesundheits- und Wellnessbereich durch die Steigerung des Wertes des Humankapitals, der Beschäftigungsmöglichkeiten und öffentlich-privater Investitionen längerfristig den ersten Gesundheitsmarkt mitfinanzieren wird. Diese Arbeitshypothese ist jedoch (noch) nicht mit empirischen Daten zu belegen.

Informationen über das Europäische Gesundheitsforum Gastein siehe unter:

<http://www.ehfg.org/>

Gesundheitsgefahren: Bekämpfung von Übergewicht

Die Europäische Kommission hat die Ergebnisse einer öffentlichen Anhörung zu Fragen der Vorbeugung von Übergewicht und Fettleibigkeit durch gesunde Ernährung und Bewegung veröffentlicht. Nach aktuellen Untersuchungen sind Übergewicht und Fettleibigkeit in Europa auf dem Vormarsch. In einigen Mitgliedstaaten gelten bis zu 27 % der Männer und bis zu 38 % der Frauen als fettleibig. Auch die Zahl von bereits 14 Mio. übergewichtigen und 3 Mio. fettleibigen Kindern nehme zu und muss als erhebliche Gefährdung der gesundheitlichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen angesehen werden. Fettleibigkeit ist ein Risikofaktor für viele schwere Krankheiten wie Herzerkrankungen, Diabetes, Bluthochdruck, Schlaganfall und bestimmte Krebsarten. Nachgewiesene Ursachen für vermeidbare Todesfälle in Europa sind u. a. ungesunde Ernährung und mangelnde Bewegung.

Als wesentliche Vorschläge, die als Ergebnis der Anhörung ermittelt werden können, werden genannt:

- Einen umfassenden Ansatz auf der lokalen Ebene entwickeln, der auch andere Politikbereiche und Akteure auf nationaler und regionaler Ebene einbezieht,
- einen grenzübergreifenden Austausch vorbildlicher Verfahren einleiten,
- Leitlinien für gesunde Ernährung und körperliche Aktivität vorlegen,
- bessere Verbraucherinformation, Förderung des Obst- und Gemüseverzehrs und Unterstützung einer ausgewogenen Ernährung mit ballaststoffhaltigen Produkten, Verringerung des Zucker- und Salzverbrauchs,
- Verbesserung der schulischen Mahlzeiten fördern,
- einen gesunden Lebensstil am Arbeitsplatz fördern,
- Angehörige der Gesundheitsberufe in diesen Fragen schulen,
- körperlicher Aktivität durch finanzielle Anreize fördern und
- einen einfachen und flexiblen Ernährungslaufplan auf europäischer Ebene erstellen, der an verschiedene Kulturen, Regionen und Länder angepasst werden kann.

Weitere Informationen sind unter folgender Internetadresse abrufbar:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/nutrition/nutrition_de.htm

Europäische Initiativen zur Lebensmittelsicherheit

Als Hauptproblem der Lebensmittelsicherheit in der EU sieht die Europäische Kommission eine fehlende Angleichung der Standards in den nationalen Kontrollbehörden zur Sicherung eines hohen Verbraucherschutzniveaus aller Mitgliedstaaten. Rechtliche Grundlage für diese Zielsetzung ist die RL 882/2004: Sie gibt der Europäischen Kommission die Möglichkeit, entsprechende Aus- und Weiterbildungsangebote zu entwickeln und für Angehörige von Drittstaaten zu öffnen. Die Europäische Kommission kann daher Schulungen für Mitarbeiter der zuständigen nationalen Behörden für die Einhaltung der EU-Vorschriften für Lebensmittel, Futtermittel, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit durchführen.

Die Europäische Kommission hat am 20. September 2006 eine Mitteilung veröffentlicht und ihre Aktivitäten vorgestellt. Ergänzend zu den Aktivitäten der Mitgliedstaaten wird sie Schulungen des (für die Lebensmittelsicherheit zuständigen) Personals und Maßnahmen zur Verbesserung der Standards und der Kontrollen durchführen.

Als Schwerpunkt werden in der Mitteilung die Vogelgrippe, die Behandlung von tierischen Nebenprodukten und anderen Abfällen, Tierschutz vor allem im Zusammenhang mit Seuchen, Salmonellen und andere Zoonosen, Pestizidkontrollen und EU-Standards für Obst, Gemüse und Fischereierzeugnisse genannt. Entsprechende Fortbildungsprogramme laufen bereits seit 2005.

Auch Teilnehmer/innen aus Drittländern steht die Initiative offen. Durch bessere Kontrollen am Ursprungsort werden für die Einfuhr zuständige EU-Kontrolleure entlastet. Zugleich werden durch bessere Kenntnis der EU-Vorschriften seitens der Drittland-Exporthändler deren Exporte erleichtert.

Die Durchführung der Schulungsprogramme mit angestrebten 6.000 Teilnehmern jährlich will die Europäische Kommission nach Durchführung einer Kosten-Nutzen-Analyse einer Agentur anvertrauen.

Weitere Informationen siehe unter: http://ec.europa.eu/food/training/index_de.htm

Verbraucherschutz in der EU: Bekämpfung der Schweinepest in Bulgarien und Rumänien

Mit der Aufnahme von Rumänien und Bulgarien in die EU zum 01. Januar 2007 müssen diese Länder auch die EU-Regelungen, z. B. im Verbraucherschutz, anwenden. Dazu gehören u. a. auch die Regelungen im Lebensmittel- und Veterinärbereich.

Der „Ständige Ausschuss für die Nahrungsmittelkette und die Tiergesundheit“ der EU hat jetzt den vorgelegten rumänischen Plan zur Bekämpfung der Schweinepest gebilligt. Der Plan für Bulgarien, der u. a. auch eine Notimpfung für Wildschweine vorsieht, ist bereits im September 2006 positiv aufgenommen worden.

Die Kosten für die erforderlichen Impfstoffe werden vom EU-Veterinärfonds getragen. Bulgarien meldete für 2006 bisher sieben Ausbrüche der klassischen Schweinepest, in Rumänien wurden 500 Fälle gemeldet. Für Rumänien blieben daher strenge Ausfuhrbeschränkungen in Kraft, für Bulgarien erfolgt eine Lockerung.

Die Europäische Kommission wird diesen Maßnahmen voraussichtlich noch vor Jahresende zustimmen.

Europäische Kommission leitet Konsultation zur Richtlinie über Fernabsatz ein

Die Europäische Kommission hat am 21. September 2006 eine „Mitteilung zur Umsetzung der Richtlinie 1997/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz“ (KOM 2006) 514 angenommen.

Mit der Konsultation will die Europäische Kommission die Notwendigkeit einer Aktualisierung der Richtlinie prüfen und dabei ggf. vorhandene Lücken im Verbraucherschutz identifizieren, die sich aus neuartigen Absatzmethoden und Vertriebstechniken ergeben. Auch der elektronische Handel, z. B. M-Commerce (Geschäftsabschluss per SMS) und online-Auktionen, gehört dazu.

Stellungnahmen können bis zum 21. November 2006 bei der Europäischen Kommission eingereicht werden. Den Text der Mitteilung siehe unter:

http://ec.europa.eu/consumers/cons_int/safe_shop/dist_sell/comm_21092006_de.pdf

Sonstiges

Jahreskonferenz der Hanse Passage in Lublin (Polen)

In der letzten Septemberwoche fand in Lublin, Polen, die Jahreskonferenz 2006 der Hanse Passage statt, bei der auch Monitoring Board und Steering Committee zusammenkamen. An der sog. regionalen Rahmenmaßnahme Hanse Passage (HP) nehmen Partner aus 15 europäischen Regionen, darunter auch Bremen und Bremerhaven, teil. Insgesamt waren 130 Teilnehmer aus Frankreich, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden, Polen, Lettland und Deutschland (Niedersachsen und Bremen) vertreten.

Das Steering Committee und das Monitoring Board der HP diskutierten vor allem die Möglichkeit der künftigen Fortführung des geschaffenen Netzwerks. Innerhalb der Gemeinschaftsinitiative Interreg IIIc (zukünftig „Ziel 3“, Interreg IVc) wird dies in der gegenwärtigen Form voraussichtlich schwierig.

Bei gleich gebliebener Mittelausstattung wurden die Bedingungen für Rahmenmaßnahmen wie die HP stark eingeschränkt. Bis zu 40 % der Programmmittel wird die Europäische Kommission für neue „top down“ Projekte reservieren, über deren Verteilung sie alleine entscheiden wird und nicht – wie bisher – die Regionen. Im Vergleich zum jetzigen Programmzeitraum 2003 – 2007 werden die zukünftigen Förderchancen – nicht zuletzt auch durch den zugenommenen Konkurrenzdruck – deutlich sinken.

Das Monitoring Board beauftragte das HP-Sekretariat, bis zum nächsten Frühjahr mögliche neue Rechtsformen für eine Fortführung der HP-Projekte unter einem neuen institutionellen Dach zu finden und zu prüfen, welche Förderchancen die HP unter den neuen Programmkriterien der EU-Kommission hat. Darüber hinaus soll genauer untersucht werden, wie die bisherigen Interreg-Aktivitäten zukünftig besser in die großen regionalpolitischen Finanzierungsinstrumente ERDF und ESF integriert werden können.

Bei der Sitzung des Monitorings Board betonten die Vertreter der teilnehmenden Regionen ihre guten Erfahrungen mit der HP und vereinbarten, dass auch eine mögliche Fortführung des Netzwerks in Eigenregie, also unabhängig von einer Programmfinanzierung durch die Europäische Kommission, geprüft werden solle.

Mittel zur Auswertung von Projektergebnissen

Für die an der HP teilnehmenden Projekte ist der Hinweis des „Joint Technical Secretariat“ (das Interreg-Programm-Management) wichtig, dass die Europäische Kommission Mittel zur „capitalization“ (Optimierung der Ergebnisse aus den laufenden Projekten) für laufende Interreg IIIc Projekte zur Verfügung stellt. Es werden gemeinsame Konferenzen, thematische Workshops, Studienbesuche, Austausch von Personal, Studien und gemeinsame Publikationen gefördert. Antragsberechtigt sind alle Interreg IIIc Projekte: vorzugsweise bis sechs Monate vor Programmabschluss. Es sind keine Maximalsummen festgelegt, Anträge werden im Einzelfall auf Basis eines „light assessments“ entschieden. Nähere Informationen gibt es in der Europaabteilung der Bevollmächtigten (s. u.).

Thematische Konferenzen

Die HP wird im nächsten Jahr zwei internationale Konferenzen in Bremen durchführen:

- Am 11./12. Januar 2007 findet das „Politische Forum zu e-democracy“ in Bremen mit ca. 80 Parlamentariern sowie Experten und Projektleitern aus den 15 HP-Regionen statt. Die Konferenz wird gemeinsam mit „Evoice“ veranstaltet, einem Interreg IIIb Projekt zur Sensibilisierung von Bürgern für politische Themen.
- Für September 2007 ist eine Konferenz zum Thema „Regions on their way to Information Society“ geplant.

Nähere Auskünfte:

Horst Seele-Liebetanz, Tel.: (0421) 361-8995, Horst.Seele@Europa.Bremen.de

Europäische Kommission fördert Dialog und Diskussion über EU-Fragen

Nach dem negativen Ausgang der Referenden über den Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden haben die Staats- und Regierungschefs der EU im Juni 2005 zur Reflexion und zur Entwicklung von entsprechenden Initiativen aufgerufen. Die Europäische Kommission beschloss daher am 13. Oktober 2005 die Mitteilung „Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“.

Im Rahmen der Umsetzung von „Plan D“ werden noch bis 2007 folgende Projekte durchgeführt:

- Tomorrow's Europe (Das Europa von Morgen)“, vorgelegt von der Stiftung „Notre Europe“(Paris) <http://www.notre-europe.eu/>;
- „Speak up Europe (Sprich, Europa!)“, vorgelegt vom „European Mouvement International“ (Brüssel)
www.europeanmovement.org/emailing/newsletter/speakupeurope_briefing_nonote.pdf
- „European Citizens Consultations (Anhörung europäischer Bürger)“, vorgelegt von der „Fondation Roi Baudouin“ (Brüssel)
www.european-citizens-consultations.eu
- „Our message to Europe (Unsere Botschaft an Europa)“, vorgelegt von der Deutschen Gesellschaft (Berlin)
<http://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/>
- „Radio Web Europe“, vorgelegt vom CENASCA (Rom)
<http://www.cenasca.cisl.it/entra.htm>
- Our Europe – Our Debate – Our Contributions (Unser Europa – unsere Debatte – unsere Beiträge)“, vorgelegt vom Europa Haz Egyesulet (Europahaus) (Budapest) www.europeanhouse.hu/e/

Erste vorläufige Projektergebnisse werden bereits ab Frühjahr 2007 präsentiert.

Regionale Vielfalt aus statistischer Sicht: Daten über die 268 Regionen in der EU25, Bulgarien und Rumänien

In welchen der 268 Regionen der EU sowie in Bulgarien und Rumänien wächst die Bevölkerung und in welchen nimmt sie ab? Wo ist die Arbeitsproduktivität am höchsten? Welche Regionen haben die höchsten Erwerbstätigenquoten in der Altersgruppe von 55 bis 64 Jahren zu verzeichnen?

Antworten auf diese und andere Fragen finden sich im Anfang Oktober 2006 veröffentlichten „Statistischen Jahrbuch der Regionen der EU“, vorgelegt vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT).

Die Veröffentlichung enthält Kapitel über folgende Themen: Bevölkerung, BIP, Haushaltskonten, Arbeitsmarkt, Arbeitsproduktivität, Städtestatistik, Wissenschaft, Technologie und Innovation, Unternehmen, Gesundheit, Verkehr und Landwirtschaft.

Weiterführende Informationen siehe:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/06/134&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Aufteilung der EU-Ausgaben 2005 nach Mitgliedstaaten

Die Europäische Kommission hat im September 2006 ihren jährlichen Bericht über die Aufteilung der operativen EU-Ausgaben, ausgewiesen nach Mitgliedstaaten, vorgelegt.

Die Gesamtausgaben 2005 beliefen sich auf 104,8 Mrd. € oder 0,97 % des Bruttonationaleinkommens der EU. Insgesamt wurden 4,7 Mrd. € mehr als 2004 ausgegeben. Der Bericht beschäftigt sich auch mit der Verteilung der Ausgaben, die Empfängern in den Mitgliedstaaten zurechenbar sind: Insgesamt hat die Europäische Kommission 96,485 Mrd. € oder 92,04 % der Ausgaben zugeordnet (2004: 92,059 Mrd. € oder 91,93 %).

Den Bericht siehe:

http://ec.europa.eu/budget/library/documents/revenue_expenditure/agenda_2000/allocrep_2005_de.pdf

Redaktion

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder –änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind. Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Karin Niehaus-Schütt
Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen
beim Bund und für Europa
Ansgaritorstr. 22
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-14079
Fax: +49 421 496-96877
E-Mail: Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de
Internet: www.europa-bremen.de/news

Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN sind unter obiger Internet-Adresse im Archiv zu finden.

Europaabteilung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Europaabteilung in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
Christian Bruns Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der EU-Abteilung	+32 2 230-2765	Vertretung@Bremen.be
Michael Freericks stv. Leiter, Inneres, Justiz, Kultur, Sport, Erweiterung EU, GASP, Medienpolitik	+32 2 282-0072	Freericks@Bremen.be
Hélène Tabourot , Brüssel Sekretariat u. Verwaltung Claudia C. Arndt , Bremen Sekretariat u. Verwaltung	+32 2 230-2765 +49 421 361-4238	Vertretung@Bremen.be Claudia-Carola.Arndt@europa.bremen.de
Marta Giammarìo Projektassistentz	+32 2 282-0075	Giammarìo@bremen.be
Kai Jessen Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	Jessen@Bremen.be
Oliver Steck Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	Steck@Bremen.be
Renate Lürssen Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales	+32 2 282-0077	Luerssen@Bremen.be
Dr. Martina Hildebrandt Wissenschaft, Forschung, Technologie, Informationsgesellschaft	+32 2 282-0073	Hildebrandt@Bremen.be
Constanze Ripke Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung Karin Niehaus-Schütt AdR, EU-INFORMATIONEN, Dante-Dienst	+32 2 282-0076 +49 421361-14079	Ripke@Bremen.be Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de
Heide-Lore Swiecikowski , Europarecht, Öffentlichkeitsarbeit in HB, Website-Adm.	+49 421 361-15682	Heide.Swiecikowski@europa.bremen.de
Hans-Joachim Schröder EMK, Bremische Bürgerschaft, Arbeitskreis EU-Ref.	+49 421 361-8532	Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de
Elke Kröning Neue Hanse Interregio (NHI), NHI-bezog. Interreg. Zusammenarb., Fortb. EU-Angelegenheiten	+49 421-361-10841	Elke.Kroening@europa.bremen.de
Horst Seele-Liebetanz Interregionale Zusammenarbeit, Hanse-Passage, EU-Förderinstrumente,	+49 421 361-8995	Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de